

Für 49 Euro „Flatrate“-Sex

Union und SPD wollen mit neuem Prostitutionsgesetz Ausbeutung der Huren bekämpfen – Vorgesehen ist auch eine Kondompflicht für Freier

VON ANNE-SUSANN VON EHR

Anmelde- und ärztliche Beratungspflicht für Prostituierte, schärfere Auflagen für Bordellbesitzer, Kondompflicht für Freier – Union und SPD haben sich auf Eckpunkte für ein neues Prostitutionsgesetz geeinigt. Die Meinungen darüber gehen auseinander.

Liana aus Bulgarien, Tatja aus Rumänien gehen auf den Mannheimer Straßenstrich. Nacht für Nacht verkaufen sie ihre Körper. Nach Deutschland sind sie gekommen, weil sie keine Lebensperspektive in ihren Heimatländern sahen. Doch der Traum vom besseren Leben endete in der Prostitution. Beide Frauen, physisch und psychisch angeschlagen, würden gerne aus dem Milieu aussteigen. Die Hürden sind jedoch extrem hoch.

2002 wollte Rot-Grün die Situation von Prostituierten per Legalisierung verbessern. Das Anliegen ist gescheitert. Von dem Recht, in Sozialkassen einzuzahlen, macht nicht einmal ein Bruchteil der Huren Gebrauch. Prostitution ist zwar nicht mehr sittenwidrig, mit dem Schmuddelimage müssen die Frauen aber weiter leben. Von der Liberalisierung haben vor allem die Bordellbetreiber profitiert. Es ist völlig legitim, dass in „Flatrate“-Bordellen ein Mann für 49 Euro so viel Sex haben kann, wie er will. In Laufhäusern müssen Huren teilweise bis zu 13 Stunden Kunden bedienen.

Dem wollen Union und SPD einen Riegel vorschieben. Bereits im Koalitionsvertrag haben sie ein neues Prostitutionsgesetz vereinbart, um Betroffene besser vor Gewalt und Ausbeutung zu schützen. Das Gesetz sieht eine Erlaubnispflicht für Ein-

richtungen mit sexuellen Dienstleistungen vor. Einschlägig Vorbestrafte, etwa wegen Zuhälterei, soll die Genehmigung zum Betrieb eines Bordells verwehrt werden. Entwürdigende Praktiken wie „Flatrate“-Sex sollen verboten werden.

Nach den nun getroffenen Vereinbarungen müssen sich alle Huren künftig anmelden. Alle zwölf Monate sollen die Frauen zu einer „medizinischen Beratung“ gehen. Nur wenn ein Arzt eine solche Beratung bestätigt, kann sich eine Prostituierte anmelden, um in dem Gewerbe zu arbeiten. Diese Beratung ist nicht gleichzusetzen mit dem amtsärztlichen Gesundheitszeugnis, zu dem Prostituierte bis 2002 vielerorts verpflichtet waren und das die Union gerne wieder eingeführt hätte.

Durchgesetzt haben sich CDU und CSU bei der Kondompflicht, obwohl allen bewusst ist, dass eine Überprüfung schwierig ist. In Bayern gilt seit 2006 die Kondompflicht. Die zuständige Sittenpolizei versucht zu kontrollieren, ob sie eingehalten wird. Auch im Saarland ist in der Prostitution ungeschützter Verkehr verboten, überwacht wird dies aber nicht.

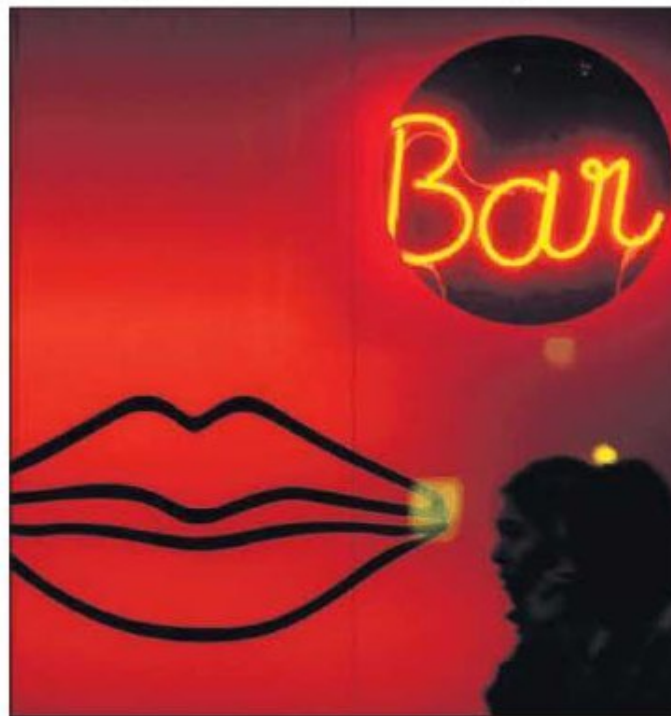
Hilfsvereine und Frauenverbände kritisieren die geplanten Regelungen zur bundesweiten Kondom- und Anmeldepflicht für Sexarbeiterinnen. Sie betrachten die Verschärfungen als Stigmatisierung und Bevormundung der Prostituierten. Eine andere Position bezieht Julia Wege, Sozialarbeiterin bei der Beratungsstelle „Amalie“ für Frauen in der Prostitution in Mannheim. Die im Juli 2013 vom Diakonischen Werk der evangelischen Kirche eingerichtete Beratungsstelle liegt nur wenige Schritte vom Rotlichtviertel in Mannheim-Neckar-

ZUR SACHE

Beratungsstellen

In Rheinland-Pfalz gibt es nach Auskunft des Ministeriums für Integration, Familie und Frauen zwei Beratungsstellen für Prostituierte: „Roxanne“ in Koblenz, Träger ist Pro Familia, und eine Beratungs- und Untersuchungsstelle für Sexarbeiterinnen beim Gesundheitsamt Trier. Die Beratungsstelle „Roxanne“ wird von der Frauenabteilung des Integrationsministeriums jährlich mit 33.000 Euro bezuschusst. Die Trierer Beratungsstelle finanziert der Landkreis Trier-Saarburg. Keine verlässlichen (Schätz-) Zahlen hat das Ministerium über die Anzahl von Prostituierten. Dem Finanzministerium Rheinland-Pfalz ist nur bekannt, dass 3531 Frauen im Jahr 2013 die Pauschalsteuer für selbstständige Prostituierte von 25 Euro pro Person und Tag entrichtet haben. Darüber hinaus wird eine große Dunkelziffer der steuerlich nicht erfassten selbstständigen Prostituierten angenommen. (ane)

stadt entfernt. Wege begrüßt die Anmeldepflicht, denn verlässliche Daten über Prostitution gibt es nicht. Die Schätzungen gehen von bundesweit 200.000 bis 400.000 Frauen aus, die sexuelle Dienste anbieten. In Mannheim schätzt die Polizei, dass 250 bis 300 Frauen in der Prostitution tätig sind. Die Diakonie gibt dagegen eine Spannweite von 500 bis 1200 an. Da



200.000 bis 400.000 Frauen sollen nach Schätzungen bundesweit in der Prostitution arbeiten.

FOTO: DPA

die Frauen oft nicht behördlich gemeldet sind, die Fluktuation hoch ist und Prostitution auch außerhalb legaler Bordelle oder Wohnungen stattfindet, sind keine genauen Angaben möglich. Das könnte sich, so hofft die Sozialarbeiterin von „Amalie“, durch eine Anmeldepflicht ändern. Und Frauen kämen früh mit Behörden in Kontakt, erhielten Aufklärung.

Fast täglich begegnet Julia Wege verzweifelten, ausgebeuteten Frauen, für die das Anschaffen der „reinsten Horror“ ist. Klar, es gibt auch die Huren, die selbstbestimmt ihren Körper verkaufen, eine Steuererklärung abgeben und Sozialabgaben zahlen. „Aber in Mannheim ist dies ein Bruchteil. Hier prostituieren sich überwiegend Frauen aus Bulgarien, Rumäni-

en, Ungarn und Polen, die oft in Armut leben und ihre Dienste am Rande der Legalität anbieten“, sagt Wege.

Auch gegen die Kondompflicht hat die Sozialarbeiterin keine Einwände. Sie kenne ältere Prostituierte, die Sex nur noch mit Schutz machen wollten. „Auf der Straße arbeiten sie jedoch Seite an Seite mit jungen Kolleginnen, die dem Wunsch der Kunden nach Sex ohne Kondom nachkommen.“ Eine Pflicht signalisiere Männern: verhandeln zwecklos. So die Theorie.

Für Julia Wege, die mit einer Kollegin die Beratungsstelle „Amalie“ führt, ist es neben gesetzlichen Veränderungen unabdingbar, dass die Beratungsstellen für die betroffenen Frauen ausgebaut und auf finanziell feste Füße gestellt werden. „Wir werden total überrannt“, beschreibt sie die gegenwärtige Situation. In ganz Baden-Württemberg gebe es nur sechs Anlaufstellen. „Amalie“ finanziert sich aus Zuschüssen der Stadt, des Landes, der Diakonie und Spenden. „Wir müssen immer schauen, dass wir genügend Geld für unsere Arbeit zusammen bekommen.“

800 Kontakte ins Rotlichtmilieu listen die beiden Sozialarbeiterinnen seit der Eröffnung der Beratungsstelle auf. Bislang haben sie 21 Aussteigerinnen unterstützt. Ein Ausstieg ziehe sich lange hin, da damit meist eine ganze Reihe von Problemen verbunden sei: Wohnungssuche, fehlende Papiere, Schulden, Suchtprobleme. „Und dann sprechen viele Frauen kaum Deutsch, andere können weder lesen noch schreiben“, erklärt Wege. Für diese eine Perspektive zu finden, sei schwierig. Aber die beiden Sozialarbeiterinnen versuchen alles, dass Frauen wie Liana oder Tatja die Prostitution hinter sich lassen können.